

Inge Blask

Ihre Landtagsabgeordnete im Märkischen Kreis II
Balve, Hemer, Menden, Neuenrade und Plettenberg



Newsletter 2/2014



Liebe Bürgerinnen und Bürger,
liebe Genossinnen und Genossen

in der Hand halten Sie meinen Newsletter in „neuer Form“. Zukünftig wird der Newsletter nicht mehr nur noch für die SPD-Ortsvereine in meinem Wahlkreis bereitgestellt, sondern nun auch interessierten Bürgerinnen und Bürgern. Der Newsletter erscheint regelmäßig, etwa einmal im Quartal und greift die aktuellen Themen im Landtag Nordrhein-Westfalen auf. Ich wünsche Ihnen viel Spaß bei der Lektüre.

Erweiterung von Bildung an Berufskollegs

Das Berufskolleg ist für viele oft nur ein Baustein für die Berufsausbildung – zwischen Berufsschule und dualem System. Weniger bekannt ist, dass neben der beruflichen Qualifikation auch alle schulischen Abschlüsse dort erworben werden können. Unabhängig davon, ob die Jugendlichen eine berufliche Vorbereitung, eine betriebliche Ausbildung, eine berufliche Weiterqualifizierung oder ein Studium anstreben: Jeder Einzelne findet am Berufskolleg einen Weg, um seine individuellen Ziele erreichen zu können. Die Veränderungen im Berufsbildungsgesetz, das neue Übergangsmanagement Schule-Beruf, aber auch die notwendigen einheitlichen Bildungsangebote für Jugendliche mit besonderen Förderbedarfen sind deshalb in dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen von SPD, CDU und Grünen zusammengefasst. Auf den demografischen Wandel soll mit fachklassen- oder jahrgangsübergreifenden Kursen reagiert werden. Ziele sind mehr Transparenz durch ein gestrafftes Angebot, eine bessere Vermittlung in eine berufliche Ausbildung mit einer klaren Abschlussorientierung. Der vorliegende Gesetzentwurf befasst sich zudem mit der Verlängerung des Modellversuchs „Primus“. Schulen haben noch ein weiteres Jahr die Möglichkeit, längeres gemeinsames Lernen ab Klasse 1 zu erproben.

Drucksache [16/4807](#) (Gesetzentwurf der Fraktionen SPD, CDU und Grüne)

Unterstützung für kommunale Wohnungsaufsicht

Mit dem neuen Wohnungsaufsichtsgesetz (WAG) sollen Kommunen künftig mehr Möglichkeiten bekommen, gegen Vermieter vorzugehen, die ihre Mietwohnung vernachlässigen oder überbelegen. Die SPD-Fraktion im Landtag von Nordrhein-Westfalen begrüßt den Gesetzentwurf der Landesregierung; er ist eine Zusammenfassung aus der Enquetekommission „Wohnungswirtschaftlicher Wandel und neue Finanzinvestoren auf den Wohnungsmärkten in Nordrhein-Westfalen“. Die Novelle greift in weitere Gesetze wie zum Beispiel das Gesetz zur Förderung und Nutzung von Wohnraum (WFNG) ein; es definiert beispielsweise eine Mindestgröße, die pro Bewohner einer Wohnung gegeben sein muss: neun Quadratmeter. Das Gesetz richtet sich ausdrücklich nicht gegen die Wohnungswirtschaft, die seriös arbeitet, son-

dern ist zur Bekämpfung von Missständen geschaffen worden, die die „schwarzen Schafe“ auf dem Wohnungsmarkt produzieren.

Drucksache [16/4379](#) (Gesetzentwurf der Landesregierung)

Harte Gangart gegen Steuerkriminalität

Steuerhinterziehung ist kriminell. Die Angst, entdeckt zu werden, hat zu einem enormen Anstieg der Selbstanzeigen in den vergangenen Jahren geführt: Seit dem Jahr 2010 sind in NRW fast 14.000 Selbstanzeigen wegen Steuerhinterziehung mit Bezug zur Schweiz eingereicht worden. Eine Ursache für die enorm gestiegene Anzahl ist sicher der Ankauf von Steuer-CDs. Das ist vor allem der Steuerfahndung in Nordrhein-Westfalen und einer bundesweit harten Gangart der SPD gegen Steuerkriminalität zu verdanken. Um die Steuerkriminalität weiter zurückzudrängen, sind aber noch weitere Maßnahmen nötig. Weitere Eckpunkte haben die Fraktionen von SPD und Grüne in ihrem gemeinsamen Antrag am Mittwoch im Plenum vorgestellt.

Drucksache [16/5480](#) (Antrag der Fraktionen SPD und Grüne)

Bund soll Fonds für Altschulden schaffen

Die Verschuldung in Nordrhein-Westfalen belief sich im vergangenen Jahr auf rund 133,6 Milliarden Euro. Nur für die Zinsen müssen Länder und Kommunen zusammen jährlich mehr als 22,5 Milliarden Euro aufbringen. Doch damit steht NRW nicht allein. Viele Bundesländer müssen mit derartig hohen Schulden kämpfen. Eine Lösung des Problems der Altschulden ist – insbesondere unter den Bedingungen der grundgesetzlichen Schuldenbremse – für (fast) alle Länder und Kommunen eine zentrale politische Frage, für viele von ihnen sogar eine Existenzfrage. Deshalb forderte die nordrhein-westfälische Regierungskoalition in einem gemeinsamen Antrag am Mittwoch im Plenum, dass der Bund einen Altschuldenfonds einrichtet. Dieser hätte zwei wichtige politische Botschaften: Er würde die Schulden abbauen und zugleich wieder Investitionen in die Zukunft ermöglichen. Ein sogenannter Altschuldenfonds könnte Garant werden, dass die Länder die Schuldenbremse schaffen, also ihre Haushalte bis zum Jahr 2020 ausgleichen. Nach dem Aufbau Ost ist das eine neue nationale Aufgabe. Bei einem Altschuldenfonds geht es im Kern um eine Umverteilung der Schuldenlast und damit der Zinslast mit dem Ziel, die Schuldenberge der Länder zu reduzieren. Der Gedanke eines Fonds ist, dass alle Bundesländer ihre Altschulden in einem Topf zusammenfassen. Der Bund übernimmt dafür dann ab 2020 die Zinszahlungen für die Altschulden, indem er dafür den Solidaritätszuschlag (der 2019 eigentlich auslaufen soll) heranzieht. Für jedes Land wird ein verbindlicher Tilgungsplan ausgehandelt.

Drucksache [16/5483](#) (Antrag der Fraktionen SPD und Grüne)

Bund muss Kommunen bei Sozialausgaben entlasten

Im Koalitionsvertrag zwischen CDU und SPD im Bund wurde vereinbart, die Städte und Gemeinden jährlich mit fünf Milliarden Euro von der Eingliederungshilfe zu entlasten. Voraussetzung ist die Verabschiedung des Bundesteilhabegesetzes, mit dem die UN-Behindertenrechtskonventionen umgesetzt und die Lebenssituation für Menschen mit Behinderung bedarfsgerecht gestaltet werden sollen. Bis dahin ist eine jährliche Entlastung der Kommunen von einer Milliarde Euro vereinbart worden. Die Fraktionen von SPD und Grüne haben dazu einen gemeinsamen Antrag in den nordrhein-westfälischen Landtag eingebracht. Mit diesem soll die Landesregierung den Bund auffordern, das Bundesteilhabegesetz schnell zu verabschieden und die volle Entlastung von fünf Milliarden Euro spätestens 2017 zu gewährleisten. Angesichts

der angespannten Haushaltslage der Kommunen in Nordrhein-Westfalen durch steigende Sozialausgaben ist eine Unterstützung durch den Bund dringend erforderlich.
Drucksache [16/5486](#) (Antrag der Fraktionen SPD und Grüne)

Kein Anbau von Genpflanzen in Deutschland

Die EU-Agrarminister haben mehrheitlich keine Bedenken gegen den umstrittenen US-Genmais 1507. Doch Nordrhein-Westfalen hofft auf eine Sonderregel für Deutschland. Im Februar stimmte der Ministerrat der Europäischen Union für die Zulassung der gentechnisch veränderten Maislinie 1507 zu. Die Bundesregierung hat sich bei der Abstimmung in Brüssel enthalten, obgleich der damalige Bundeslandwirtschaftsminister Hans-Peter Friedrich eine Zulassung dieser gentechnisch veränderten Pflanze in Europa weder für erforderlich noch für sinnvoll hielt. Sein Nachfolger, Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt, bestätigte diese Position. In Nordrhein-Westfalen haben sich viele Menschen gegen den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen ausgesprochen. Deshalb ist es notwendig, eine europäische „Opt-out“-Regelung zu entwickeln, die auf nationaler Ebene Anbauverbote dafür zulässt. Diese müssen eindeutig, rechtssicher und zeitlich unbegrenzt gültig sein. Die Fraktionen von SPD und Grüne haben deshalb am Donnerstag einen Antrag hierzu ins nordrhein-westfälische Plenum eingebracht.

Drucksache [16/5484](#) (Antrag der Fraktionen SPD und Grüne)

Einigung bei Finanzierung der schulischen Inklusion

Am Donnerstag konnte eine Einigung der nordrhein-westfälischen Landesregierung mit den Kommunen über die Kosten des gemeinsamen Unterrichts von Kindern mit und ohne Behinderung erreicht werden. Die Landesregierung hatte bereits Ende Januar angeboten, sich für fünf Jahre mit insgesamt 175 Millionen Euro an den Inklusionskosten zu beteiligen. Der Jahresanteil von 35 Millionen Euro soll ab 2015 auch jährlich überprüft werden.

Ich wünsche Ihnen/euch schöne Osterferien und schöne Urlaubstage!

Viele Grüße aus Düsseldorf und bis demnächst

Ihre/eure



Inge Blask